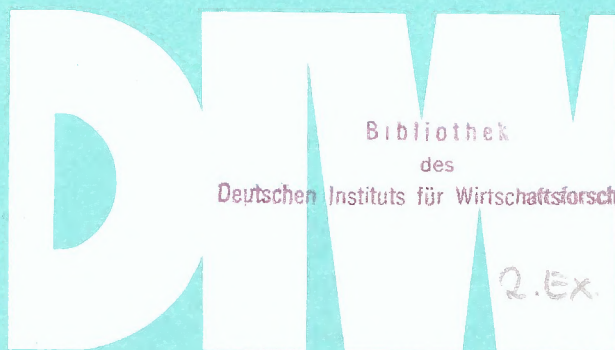




Bibliothek
des
Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

Zur Wirtschaftslage

Westliche Industrieländer: Dollarstabilisierung durch die Geldpolitik	499
Bundesrepublik Deutschland: Konjunktur wieder schleppend	506
Starke Pkw-Nachfrage prägt Konsumententwicklung	510

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 38/87

Berlin

17. September 1987

54. Jahrgang

Zur Wirtschaftslage

Westliche Industrieländer: Dollarstabilisierung durch die Geldpolitik

Seit die Regierungen und Notenbanken der führenden Industrieländer ihre wirtschaftspolitischen Bemühungen auch auf die Stabilisierung des Dollarkurses richten, hat sich dieser relativ gefestigt, obwohl die Salden im internationalen Leistungsverkehr, insbesondere das Leistungsbilanzdefizit der USA, nach wie vor hoch sind. Die gegenwärtige Dollarschwäche zeigt allerdings, daß ein weiteres Sinken des Dollarkurses keineswegs ausgeschlossen ist. Die Wechselkursstabilisierung war nicht nur die Folge von Interventionen vieler Notenbanken an den Devisenmärkten, sondern auch einer diese Interventionen flankierenden Wende in der Geldpolitik, vor allem des Federal Reserve Board. Während bis zum Frühjahr in den USA eine recht kräftige Geldmengenexpansion zugelassen worden war, kam sie nach dem geldpolitischen Kurswechsel in den Sommermonaten fast völlig zum Stillstand. Die Zinssätze, die bis zum Herbst vergangenen Jahres gesunken waren, stiegen nun wieder. In den meisten anderen Industrieländern erhöhten sich dagegen die Zinssätze noch nicht nennenswert, denn viele westeuropäische Zentralbanken behielten ihren Kurs einer relativ expansiven Geldpolitik bei. Während somit die langfristigen Zinssätze in den USA bereits um einen Prozentpunkt über dem Durchschnittsniveau im Vorjahr lagen, waren sie in Westeuropa durchschnittlich um einen halben und in Japan, wo die Geldpolitik noch weiter gelockert wurde, um mehr als einen ganzen Prozentpunkt niedriger. Das Nominalzinsniveau in den USA übersteigt gegenwärtig — anders als in den meisten Jahren der letzten Jahrzehnte — das in Westeuropa. Stärker als in Westeuropa haben somit in den USA und Japan die Zentralbanken durch ihr geldpolitisches Vorgehen zur Dollarstabilisierung beigetragen.

Allerdings muß berücksichtigt werden, daß in Westeuropa den Nominalzinsen in der Vergangenheit im Durchschnitt höhere Preissteigerungen gegenüberstanden als in den USA. Erst in diesem Jahr sind diese in den USA etwas stärker als in Westeuropa. Sinnvoll scheint es daher zu sein, auch die um diese Preissteigerungen bereinigten Zinsen, die Realzinsen, zu betrachten. Jedoch sind diese nicht eindeutig definiert. Sie hängen davon ab, welche Preise der Bereinigung zugrunde gelegt werden, Sozialprodukts-, Verbraucher-, Investitionsgüter-, tatsächliche oder erwartete Preise. Je nachdem, ob es sich um Investoren, Währungsspekulanten oder andere Gruppen handelt, ist ein anderer Realzins von Interesse. Für die Unternehmen kommt es im Investitionskalkül u.a. auf die Erwartungen über die Kosten- und Preisentwicklung in ihrer Branche im Verhältnis zum allgemeinen Preisauftrieb an. Sind die Zinsen in Relation zu den Ertragserwartungen hoch, so ist der Anreiz zur Geldkapitalbildung — zu Lasten der Investition in Sachkapital — stark. Für die Währungsspekulation hat der Realzins überhaupt nur insoweit Bedeutung, wie Unterschiede in den Preissteigerungen als wichtige Ursache von Wechselkursänderungen angesehen werden. Die Erfahrung lehrt, daß von ihnen in den für die Spekulation relevanten Fristen kein berechenbarer Einfluß ausgeht. Lediglich auf lange Frist wirken sich die Kaufkraftparitäten auf die Wechselkurse aus. Betrachtet man die um die Verbraucherpreissteigerungen bereinigten Zinsen — eine häufig benutzte Größe —, so fällt auf, daß die so berechneten Realzinsen in den USA während der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts über denen in Westeuropa lagen und daß sie sich erst in diesem Jahr einander angeglichen haben, nachdem sie in den USA eine sinkende und in Westeu-

Zinssätze und Entwicklung der Verbraucherpreise in westlichen Industrieländern

Länder	1972	1974	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987 ³⁾
Nominalzinsen ¹⁾ in vH													
USA	6,0	8,1	7,7	8,5	8,7	10,8	12,9	12,2	10,8	12,0	10,8	8,1	9,0
Japan	6,7	9,3	7,3	6,1	7,7	9,2	8,4	8,3	7,8	7,3	6,5	5,2	3,9
EG ⁴⁾	7,6	10,7	10,5	10,1	10,9	12,7	15,2	14,4	12,8	12,1	10,6	8,9	8,5
BR Deutschland	7,9	10,4	6,2	5,7	7,4	8,5	10,4	9,0	7,9	7,8	6,9	5,9	5,4
Frankreich	7,7	11,0	11,0	10,6	10,9	13,7	16,3	15,6	13,6	12,5	10,9	8,4	8,9
Großbritannien	8,9	14,8	12,7	12,5	13,0	13,9	14,8	12,7	10,8	10,7	10,6	9,8	8,8
Italien	6,6	8,4	15,2	14,2	14,1	16,1	20,6	20,9	18,0	14,9	13,0	10,5	9,2
Spanien							15,8	16,0	16,9	16,5	13,4	11,4	13,4
Niederlande	7,4	9,8	8,1	7,7	9,2	10,7	12,2	10,5	8,8	8,6	7,8	6,8	6,8
Belgien	7,0	8,7	8,8	8,5	9,7	12,2	13,8	13,5	11,8	12,0	10,6	7,9	7,8
Dänemark	10,7	14,4	16,5	15,8	16,7	18,7	19,3	20,5	14,4	14,0	11,6	10,6	11,9
Griechenland			9,5	10,0	11,2	17,1	17,7	15,4	18,2	18,5	15,8	15,8	18,1
Portugal							22,6	25,3	30,4	32,5	25,4	17,9	15,1
Irland	9,1	14,6	12,9	12,8	15,1	15,4	17,2	17,0	13,9	14,6	12,7	11,1	11,3
Realzinsen ²⁾ in vH													
USA	2,7	- 2,9	1,2	0,9	- 2,6	- 2,7	2,6	6,0	7,6	7,7	7,2	6,2	5,2
Japan	2,2	- 15,1	- 0,8	2,3	4,1	1,2	3,5	5,4	6,0	4,9	4,5	4,5	4,0
EG	1,4	- 2,5	0,0	2,6	1,0	- 0,7	3,1	3,7	4,2	4,7	4,5	5,3	5,3
BR Deutschland	2,3	3,4	2,5	3,0	3,3	3,0	4,1	3,7	4,6	5,4	4,7	6,1	5,2
Frankreich	1,5	- 2,7	1,5	1,3	0,2	0,1	2,9	3,8	4,0	5,2	5,0	5,7	5,5
Großbritannien	1,8	- 1,2	- 3,2	4,2	- 0,4	- 4,1	2,9	4,1	6,2	5,7	4,5	6,4	4,7
Italien	0,9	- 10,7	- 1,8	2,0	- 0,7	- 5,1	2,8	4,4	3,3	4,1	3,8	4,7	5,0
Spanien							1,2	1,6	4,7	5,3	4,6	2,6	7,5
Niederlande	- 0,5	0,2	1,7	3,5	4,9	3,7	5,5	4,8	6,1	5,4	5,5	6,5	7,4
Belgien	1,6	- 4,0	1,7	4,0	5,2	5,6	6,2	4,8	4,1	5,7	5,7	6,6	6,1
Dänemark	4,1	- 0,8	5,4	5,7	7,1	6,4	7,6	10,4	7,5	7,7	6,9	7,0	8,7
Griechenland			- 2,6	- 2,5	- 7,8	- 7,8	- 6,8	- 5,6	- 2,3	0,2	- 3,6	- 7,3	0,4
Portugal							2,6	2,6	5,3	3,6	5,8	6,1	5,6
Irland	0,4	- 2,4	- 0,8	5,1	1,9	- 2,8	- 3,2	- 0,2	3,5	6,0	7,3	7,3	8,5
Verbraucherpreise Veränderung gegenüber Vorjahr in vH													
USA	3,3	11,0	6,5	7,6	11,3	13,5	10,3	6,2	3,2	4,3	3,6	1,9	3,8
Japan	4,5	24,4	8,1	3,8	3,6	8,0	4,9	2,9	1,8	2,4	2,0	0,7	- 0,1
EG ⁴⁾	6,2	13,2	10,5	7,5	9,9	13,4	12,1	10,7	8,6	7,4	6,1	3,6	3,2
BR Deutschland	5,6	7,0	3,7	2,7	4,1	5,5	6,3	5,3	3,3	2,4	2,2	- 0,2	0,2
Frankreich	6,2	13,7	9,5	9,3	10,7	13,6	13,4	11,8	9,6	7,3	5,9	2,7	3,4
Großbritannien	7,1	16,0	15,9	8,3	13,4	18,0	11,9	8,6	4,6	5,0	6,1	3,4	4,1
Italien	5,7	19,1	17,0	12,2	14,8	21,2	17,8	16,5	14,7	10,8	9,2	5,8	4,2
Spanien	8,3	15,7	24,5	19,8	15,7	15,6	14,6	14,4	12,2	11,2	8,8	8,8	5,9
Niederlande	7,9	9,6	6,4	4,2	4,3	7,0	6,7	5,7	2,7	3,2	2,3	0,3	- 0,6
Belgien	5,4	12,7	7,1	4,5	4,5	6,6	7,6	8,7	7,7	6,3	4,9	1,3	1,7
Dänemark	6,6	15,2	11,1	10,1	9,6	12,3	11,7	10,1	6,9	6,3	4,7	3,6	3,2
Griechenland	4,3	26,9	12,1	12,5	19,0	24,9	24,5	21,0	20,5	18,3	19,4	23,1	17,7
Portugal	8,9	28,0	27,1	22,7	23,6	16,6	20,0	22,7	25,1	28,9	19,6	11,8	9,5
Irland	8,7	17,0	13,7	7,7	13,2	18,2	20,4	17,2	10,4	8,6	5,4	3,8	2,8

¹⁾ Zinssätze öffentlicher Anleihen; Jahresdurchschnitt. — ²⁾ Nominalzins abzüglich Anstieg der Verbraucherpreise. — ³⁾ Mai 1987. —

⁴⁾ Gewichtet mit BIP zu Preisen von 1980.

Quellen: Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Europäische Wirtschaft, Juni 1987, Beihefte Reihe A.

Entwicklung des Bruttosozialprodukts und der Inlandsnachfrage in den westlichen Industrieländern

Länder	Gewichte ¹⁾ 1985 in vH		B S P real			Inlandsnachfrage ²⁾ real			Preise ³⁾		
	BSP	Ausfuhr der BRD	Veränderung in vH gegenüber Vorjahr								
			1986	1987	1988	1986	1987	1988	1986	1987	1988
Bundesrepublik Deutschland	8,8		2,4	1,0	2,0	3,7	2,5	2,0	3,1	1,5	1,0
Frankreich	6,8	15,5	2,0	1,5	1,5	3,7	2,0	2,0	5,0	3,0	3,0
Großbritannien	5,3	11,1	3,0	3,0	2,5	3,3	3,0	3,0	3,4	5,5	6,0
Italien	4,7	10,1	2,8	2,5	2,0	3,2	3,5	3,0	8,0	5,0	4,0
Spanien	2,1	2,4	3,0	2,5	2,0	5,5	4,0	3,0	9,0	6,5	7,0
Niederlande	1,7	11,2	1,5	1,5	1,5	2,6	2,5	2,0	0,5	-0,5	1,0
Belgien	1,1	8,9	2,0	1,5	1,5	1,9	1,5	1,5	4,0	2,0	2,5
Dänemark	0,8	2,9	3,3	0,0	0,0	5,5	-0,5	0,0	4,5	4,0	3,0
Griechenland	0,4	1,3	0,5	0,0	0,0	-2,0	-1,0	-0,5	19,0	13,0	12,0
Portugal	0,2	0,6	4,0	2,0	1,5	4,0	3,0	2,0	18,0	9,0	8,0
Irland	0,2	0,6	0,0	1,5	1,0	-0,5	3,0	2,0	6,5	5,0	4,0
EG	32,1		2,4	1,8	1,9	3,5	2,6	2,3	4,9	3,5	3,4
EG ohne BRD	23,3		2,5	2,1	1,8	3,4	2,6	2,4	5,5	4,2	4,3
EG ohne BRD ⁴⁾		64,6	2,3	1,9	1,7	3,1	2,3	2,2	4,8	3,5	3,6
Schweden	1,2	3,6	1,5	2,0	1,5	2,0	2,5	2,0	7,0	5,0	5,0
Schweiz	1,4	7,0	2,3	2,0	1,5	5,1	3,5	2,5	4,5	2,5	2,5
Österreich	0,9	6,6	1,8	1,0	1,5	3,6	2,0	2,0	3,6	2,5	3,0
Norwegen	0,7	1,6	3,8	2,0	0,0	7,8	-2,5	-2,0	-2,0	5,5	4,5
Europäische Industrieländer	36,3		2,4	1,8	1,8	3,6	2,5	2,2	4,8	3,5	3,4
Europäische Indu- strieländer ohne BRD	27,5		2,4	2,0	1,7	3,6	2,5	2,3	5,3	4,2	4,2
Europäische Industrie- länder ohne BRD ⁴⁾		83,4	2,2	1,8	1,6	3,4	2,3	2,1	4,7	3,4	3,6
USA	40,8	13,4	2,5	2,5	2,5	3,5	2,0	1,5	2,6	3,5	5,0
Kanada	3,3	1,3	3,1	2,5	3,0	3,7	2,0	3,0	2,8	4,0	4,0
Japan	19,6	1,9	2,5	2,5	3,0	4,0	3,5	4,0	1,8	1,5	1,5
Außereurop. Industrieländer	63,7		2,5	2,5	2,7	3,7	2,5	2,3	2,4	2,9	3,9
Außereurop. Industrieländer ⁴⁾		16,6	2,5	2,5	2,6	3,6	2,2	1,9	2,5	3,3	4,5
Insgesamt	100,0		2,5	2,2	2,4	3,6	2,5	2,3	3,2	3,1	3,7
Insgesamt ohne BRD	91,2		2,5	2,4	2,4	3,6	2,5	2,3	3,3	3,3	4,0
Insgesamt ohne BRD ⁴⁾		100,0	2,3	1,9	1,8	3,4	2,3	2,1	4,3	3,4	3,7

¹⁾ Auf Dollarbasis. — ²⁾ Verbrauch und Investitionen des Inlands. — ³⁾ Deflationierungsfaktor des BSP. — ⁴⁾ Gewichtet nach den Anteilen der Länder an der deutschen Warenausfuhr.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsraten gerundet. Für die Bundesrepublik Deutschland vgl. Wochenbericht des DIW, Nr. 27/87.

ropa eine steigende Tendenz hatten. Diese Entwicklung zeigt somit ebenso wie die der Nominalzinsen, daß in Westeuropa durchaus weiterer Zinssenkungsspielraum besteht, auch wenn man bedenkt, daß sich die Preissteigerungen nicht zuletzt ölpreisbedingt stark verlangsamt haben. Westeuropa könnte sich also stärker als bisher an der geldpolitischen Flankierung der Dollarstabilisierung beteiligen.

Die restriktivere Geldpolitik in den USA, die mit einer konjunkturdämpfenden, nach Haushaltskonsolidierung strebenden Finanzpolitik einhergeht, ist in der gegenwärtigen konjunkturellen Situation nicht ohne Risiko. Zwar setzt man auf eine Nachfrage- und Produktionsumschichtung, bei der, ausgelöst durch die wechsellkursbedingte Verbesserung der amerikanischen Wettbewerbsposition, die Exporte kräftig zunehmen und die Importe abnehmen, also ein größerer Teil der heimischen Nachfrage sich den Inlandsmärkten zuwendet. Gegenwärtig steigen zwar die realen Exporte beträchtlich, dem Rückgang der realen Importe im ersten Quartal folgte jedoch bereits wieder eine Importsteigerung im zweiten Quartal. Das nominale Leistungsbilanzdefizit ist in diesem Quartal nochmals gestiegen. Diese Entwicklung könnte der Diskussion neue Nahrung geben, ob zur Beseitigung des hohen Passivsaldo der Leistungsbilanz eine noch stärkere Dollarabwertung notwendig ist. Würden die Importe von der bisherigen Abwertung nicht im erhofften Maße zurückgedrängt, würde also die Inlandskonjunktur von einer Umschichtung der heimischen Nachfrage nicht genügend Impulse erhalten und versuchte der Federal Reserve Board weiterhin, durch eine restriktive Geldpolitik den Dollarkurs zu stabilisieren, so wäre eine Konjunkturabschwächung in der jetzigen Situation unvermeidlich, in der die Entwicklung der binnenwirtschaftlichen Sozialproduktkomponenten — Investitionen, privater und öffentlicher Verbrauch — sehr verhalten ist. Es ist deshalb zu erwarten, daß der Federal Reserve Board von der in den Sommermonaten verfolgten geldpolitischen Linie wieder abgeht und eine weitere Dollarkurssenkung hinnimmt, wenn die von der Außenwirtschaft kommenden Impulse nicht ausreichen, eine spürbare Konjunkturabschwächung zu verhindern.

Die wirtschaftspolitischen Instanzen stünden dann in Westeuropa vor der Entscheidung, sich entweder mit einer weiteren Verschlechterung ihrer Wettbewerbsposition und ihrer Exportchancen abzufinden oder einen nochmaligen Dollarkursverfall dadurch zu verhindern, daß sie geldpolitisch eine weitere Zinssenkung in die Wege leiteten und die Zinsdifferenz zu den USA aufrecht erhielten. Sie gäben damit ihrer Wirtschaft Impulse und wirkten auf eine Beschleunigung der gegenwärtig nur verhaltenen Expansion der Inlandsnachfrage hin. Da die rohstoffpreisbedingten Kostenvorteile nun entfallen, würden Zinssenkungen die Anlagen in Sachkapital attraktiver machen. Eine Wachstumsverstärkung in Westeuropa würde

auch den USA helfen, ihre Leistungsbilanz ohne eine weitere Dollarabwertung zu verringern.

Es ist anzunehmen, daß sich die Zentralbanken der westeuropäischen Länder zu einem solchen geldpolitischen Vorgehen entschließen würden, wenn der Federal Reserve Board seinen Kurs revidierte und eine weitere Aufwertung der westeuropäischen Währungen drohte. Gegenwärtig sehen sie jedoch noch keinen Anlaß zu einer Änderung ihres Verhaltens. Meist wird die Befürchtung gehegt, die Inflation könne sich bei einer expansiveren Geldpolitik rasch beschleunigen. Die gegenwärtige Konjunktursituation bietet hierfür jedoch kaum Anlaß. Die Verbraucherpreise sind in diesem Jahr in vielen Ländern langsamer gestiegen, als dies zunächst prognostiziert worden war. Die Preiserhöhungen, die nach dem Ausklingen der preisdämpfenden Effekte der Ölpreissenkung und der Dollarabwertung erwartet worden waren, wurden somit überschätzt. Das liegt nicht zuletzt daran, daß sich die Lohnentwicklung in den meisten Ländern in ruhigen Bahnen bewegt.

In einigen Ländern — z.B. in Frankreich und Italien — herrscht das Motiv vor, den Unterschied in der Preisentwicklung zur Bundesrepublik Deutschland, wo die Verbraucherpreise zeitweise sogar rückläufig waren, nicht größer werden zu lassen, sondern ihn nach Möglichkeit sogar zu verringern. Der Hinweis auf mögliche Anpassungsprobleme im Rahmen des EWS diene dabei auch dazu, den politisch erwünschten Antiinflationkurs durchzusetzen. So wurden der Fall des Dollarkurses und der hierdurch vergrößerte monetäre Spielraum in Westeuropa vor allem mangels einer international abgestimmten Zins- und Geldpolitik nicht so genutzt, wie dies konjunkturell erforderlich gewesen wäre. Dies ist um so auffälliger, als vielfach gleichzeitig über das hohe Realzinsniveau und den schwachen Dollar geklagt wird.

Der geldpolitische Kurs ist in den westeuropäischen Ländern nicht einheitlich. In Frankreich ist die Wirtschaftspolitik nun vor allem auf Preisstabilisierung gerichtet, damit bei offensichtlich noch unzureichender Wettbewerbsfähigkeit insbesondere beim internationalen Austausch industrieller Fertigwaren weitere Einbußen vermieden werden. Tatsächlich ist es — nach vorübergehenden verstärkten Preiserhöhungen zu Beginn des Jahres — trotz der nunmehr vollständigen Liberalisierung der Preisgestaltung im gewerblichen Sektor nur zu einem sehr mäßigen Preisanstieg gekommen. Unter den großen Industrieländern weisen gegenwärtig lediglich Japan und die Bundesrepublik Deutschland geringere Preissteigerungsraten auf. Neben den Faktoren, die auch in anderen Ländern die Dämpfung des Preisanstiegs bewirkt hatten, insbesondere dem Rückgang des Ölpreises und der ruhigen Lohnentwicklung, trug auch die Politik der französischen Notenbank zu dieser Entwicklung bei. Zwar wurde das Ziel, die Expansion der Geldmenge (M3) auf 3 bis 5 vH zu verringern, im Vorjahr nicht ganz erreicht. Auch wurde nach dem Realignment im EWS zu Beginn des

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts in den westlichen Industrieländern
reale Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Privater Verbrauch			Öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlage-investitionen			Exporte von Gütern und Diensten			Importe		
	1986	1987	1988	1986	1987	1988	1986	1987	1988	1986	1987	1988	1986	1987	1988
Bundesrepublik Deutschland	4,2	2,5	2,0	2,5	2,5	2,0	3,3	2,0	2,0	-0,5	-2,5	3,0	3,2	2,5	3,0
Frankreich	3,0	1,5	2,0	4,5	2,0	1,5	2,0	2,0	2,5	0,5	1,0	1,5	7,0	3,5	4,0
Großbritannien	5,1	3,5	3,5	0,8	1,5	1,0	1,2	4,0	5,0	3,0	3,5	1,0	5,8	3,5	3,0
Italien	3,2	3,5	3,0	3,0	2,5	2,5	1,2	4,5	4,0	3,1	2,0	2,5	5,1	5,5	5,5
Spanien	3,0	3,0	2,5	1,5	1,5	2,0	8,0	6,0	4,5	1,5	2,0	2,0	15,0	9,0	7,0
Niederlande	3,0	2,0	1,5	1,0	0,0	0,0	7,0	4,0	3,5	2,5	2,0	2,5	4,5	3,5	3,5
Belgien	1,5	1,0	1,5	-1,0	-2,0	-1,0	3,5	2,5	2,5	5,0	3,0	3,0	5,0	3,0	3,0
Dänemark	4,8	0,0	0,5	-0,1	0,0	1,0	12,7	-2,0	0,0	0,9	2,0	2,0	6,9	1,0	2,5
Griechenland	-0,5	-0,5	0,0	0,0	0,5	1,0	-4,0	-1,0	0,0	11,0	3,0	3,0	-1,0	-1,0	1,0
Portugal	1,5	1,5	1,5	0,0	0,5	0,5	1,5	1,5	1,0	6,0	1,5	2,0	5,5	4,5	3,0
Irland	1,0	1,0	1,0	0,0	0,0	0,0	1,0	1,5	1,0	4,0	2,0	2,0	3,5	4,0	3,5
EG ¹⁾	3,6	2,4	2,3	2,3	1,8	1,5	3,0	2,9	3,0	1,7	0,8	2,3	5,3	3,6	3,7
EG ohne BRD ¹⁾	3,4	2,4	2,4	2,2	1,5	1,4	2,9	3,3	3,4	2,6	2,2	2,0	6,1	4,0	3,9
Schweden	4,0	2,5	2,0	1,5	1,0	1,5	0,0	2,0	2,0	2,0	2,5	3,0	3,5	3,5	4,0
Schweiz	3,0	3,0	2,0	1,6	2,5	2,0	7,4	5,5	3,5	2,8	2,0	2,5	8,0	4,5	4,5
Österreich	1,9	2,0	2,0	1,8	1,5	2,0	3,7	1,5	2,5	-2,4	-0,5	1,5	1,7	2,5	3,0
Norwegen	5,5	-2,0	-1,0	1,9	2,0	1,5	21,0	0,0	-3,0	1,0	4,5	2,0	8,8	-5,0	-2,0
Europäische Industrieländer ¹⁾	3,6	2,4	2,2	2,2	1,8	1,6	3,5	2,9	2,9	1,6	1,0	2,3	5,3	3,4	3,6
Europäische Indu- strielländer ohne BRD ¹⁾	3,4	2,3	2,3	2,1	1,5	1,4	3,6	3,2	3,2	2,3	2,2	2,0	6,0	3,7	3,7
USA	4,1	2,0	2,0	2,7	2,0	2,0	2,9	-1,0	2,5	2,5	8,0	9,0	10,4	2,0	-1,0
Kanada	4,0	3,0	2,5	1,2	1,5	1,5	2,6	3,5	4,5	3,1	4,0	3,0	5,1	2,5	3,0
Japan	2,7	3,0	3,0	6,6	2,0	1,5	6,5	5,5	6,5	-4,8	-1,5	0,5	3,4	5,0	6,0
Außereurop. Industrieländer ¹⁾	3,7	2,3	2,3	3,3	2,0	1,9	4,3	1,8	4,2	-0,3	3,7	4,8	7,6	3,0	1,7
Insgesamt ¹⁾	3,7	2,4	2,3	2,9	1,9	1,7	4,1	2,2	3,8	0,8	2,1	3,3	6,3	3,2	2,8
Insgesamt ohne BRD ¹⁾	3,6	2,3	2,3	2,9	1,8	1,7	4,1	2,2	3,9	1,1	2,9	3,3	6,7	3,3	2,8

¹⁾ Gewichte 1985 auf Dollarbasis.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsraten gerundet. Für die Bundesrepublik Deutschland vgl. Wochenbericht des DIW, Nr. 27/87.

Jahres der Zins für Geldmarktinterventionen etwas gesenkt, jedoch blieb die Geldpolitik insgesamt weiterhin straff. Dieser geldpolitische Kurs hat die ohnehin nur schwache Investitionsneigung zusätzlich beeinträchtigt. Die Finanzpolitik, die grundsätzlich noch auf Konsolidierung gerichtet ist, versucht daher, bei nur geringfügig steigenden Ausgaben die wirtschaftliche Entwicklung durch

Steuersenkungen in diesem und im nächsten Jahr anzuregen. Jedoch ist die steuerliche Entlastung zu gering, als daß diese Politik per Saldo spürbar stimulierend wirken könnte. So wird das Wirtschaftswachstum bis in das nächste Jahr hinein allenfalls 1,5 vH betragen. Eine Inflationsbeschleunigung ist bei diesem Wirtschaftswachstum kaum zu erwarten.

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Bruttoeinkommen aus						Stückgewinn ¹⁾			Lohnstückkosten ²⁾			
	Unternehmertätigkeit und Vermögen			unselbständiger Arbeit									
	in Landeswährung												in SZR
	1986	1987	1988	1986	1987	1988	1986	1987	1988	1986	1987	1988	1986
Bundesrepublik Deutschland	9,5	-0,5	0,5	5,0	3,5	3,5	6,9	-1,5	-1,5	2,6	2,5	1,5	20,4
Frankreich	15,0	7,0	6,0	4,5	3,5	4,0	12,7	5,5	4,0	2,5	2,0	2,5	15,0
Großbritannien	-0,4	2,0	11,0	7,8	8,5	8,0	-3,0	-1,0	8,0	4,9	5,5	5,5	2,6
Italien	14,5	9,0	6,0	8,2	8,0	6,0	11,4	6,0	4,0	5,3	5,5	4,0	16,7
Spanien	18,0	11,5	11,0	8,5	7,5	7,5	14,5	8,5	9,0	5,3	5,0	5,5	10,6
Niederlande	0,8	-1,0	3,5	2,5	2,0	2,0	-0,7	-2,0	2,0	1,0	0,5	0,5	18,5
Belgien	10,8	3,5	4,0	4,0	3,5	4,0	8,6	2,0	2,5	2,0	2,0	2,5	17,3
Dänemark	3,4	6,0	0,5	7,1	4,0	4,0	0,1	6,0	0,5	3,7	4,0	4,0	17,5
Griechenland	20,2	13,0	12,0	19,0	13,0	12,0	19,6	13,0	12,0	18,4	13,0	12,0	1,1
Portugal	33,5	11,5	10,0	13,0	11,0	9,0	28,4	9,0	8,5	8,7	9,0	7,5	7,1
Irland	6,4	8,0	4,0	6,5	6,0	5,5	6,4	6,0	3,0	6,5	4,5	4,5	15,9
EG ³⁾	10,8	4,8	5,0	6,1	5,3	5,0	6,5	1,7	2,3	3,4	3,3	3,0	15,1
EG ohne BRD ³⁾	11,3	6,6	6,6	6,5	6,0	5,6	6,4	3,0	3,8	3,7	3,6	3,5	13,0
Schweden	10,0	10,5	7,0	8,5	6,0	6,5	8,4	8,5	5,0	6,9	4,0	5,0	11,7
Schweiz	9,6	5,5	4,0	5,5	4,0	4,0	7,2	3,5	2,5	3,2	2,0	2,5	21,9
Österreich	6,0	2,5	4,0	5,8	4,0	4,0	4,2	1,5	2,5	4,0	3,0	2,5	21,9
Norwegen	-20,0	2,5	-8,5	13,2	9,5	9,0	-23,0	0,5	-8,5	9,0	7,5	9,0	9,6
Europäische Industrieländer ³⁾	10,0	4,9	4,8	6,3	5,4	5,1	5,8	2,0	2,1	3,7	3,4	3,2	15,2
Europäische Industriel. ohne BRD ³⁾	10,2	6,5	6,0	6,7	6,0	5,7	5,4	3,2	3,3	4,1	3,7	3,7	13,5
USA	4,0	7,5	8,0	5,5	6,0	7,5	1,5	5,0	5,5	2,9	3,5	5,0	-11,0
Kanada	4,0	11,0	10,0	5,7	6,0	6,0	0,9	8,0	6,5	2,5	3,5	3,0	-12,9
Japan	6,0	5,0	5,5	5,0	3,5	4,0	3,5	2,5	2,0	2,5	1,0	1,0	25,5
Außereurop. Industrieländer ³⁾	4,7	6,8	7,2	5,4	5,3	6,4	2,1	4,6	4,4	2,7	2,6	3,1	2,1
Insgesamt ³⁾	6,7	6,1	6,3	5,7	5,3	6,0	4,3	3,0	3,0	3,3	3,1	3,2	10,1
Insgesamt ohne BRD ³⁾	6,5	6,7	6,8	5,7	5,5	6,2	3,9	3,8	3,8	3,4	3,2	3,5	8,3

¹⁾ Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Bruttoeinkommens. — ²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttoeinkommens. — ³⁾ Gewichtet mit 1985er Anteilen. Für 1) und 2): Gewichtet nach Exportanteilen, wie sie — mit Ausnahme der USA — der Berechnung des SZR zugrunde liegen.

Quellen: SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsdaten gerundet. Für die Bundesrepublik Deutschland vgl. Wochenbericht des DIW, Nr. 27/87.

In *Italien* ist die Inflationsrate in diesem Jahr nicht gestiegen, obwohl die Binnennachfrage weiterhin lebhaft expandiert. Der Preisauftrieb liegt mit rund 4 vH zwar noch leicht über dem europäischen Durchschnitt; der Abstand konnte jedoch von rund 6 vH-Punkten zu Beginn der achtziger Jahre auf rund einen Punkt verringert werden. Da

die Finanzpolitik infolge der anhaltend hohen Neuverschuldung nur wenig Spielraum besitzt und die wirtschaftliche Entwicklung eher bremst, ist vor allem die Geldpolitik gefordert. Diese war bisher — in einem schwierigen Balanceakt — darauf gerichtet, den Preisauftrieb weiter zu dämpfen, zugleich aber die Zinsen und damit den Kurs

der Lira nicht stärker steigen zu lassen. Immerhin liegen die um die Verbraucherpreissteigerungen bereinigten Zinsen in Italien seit einigen Jahren unter dem europäischen Durchschnitt, während das Wirtschaftswachstum überdurchschnittlich war. Die behutsame Geldpolitik hat auch eine kräftige Expansion der Investitionen erlaubt. Wegen der sich abzeichnenden Risiken für die konjunkturelle Entwicklung im nächsten Jahr — der Exportanstieg hat sich abgeschwächt, und der private Verbrauch wird aufgrund der Einkommensentwicklung nicht mehr so lebhaft expandieren — ist auch die italienische Notenbank daran interessiert, das gegenwärtige Zinsniveau zumindest beizubehalten.

In *Großbritannien* ist das Wirtschaftswachstum gegenwärtig kräftiger als in den meisten anderen Industrieländern. Nach der spürbaren realen Abwertung des Pfund Sterling 1985/86 hat sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der britischen Unternehmen deutlich verbessert. Als der Pfundkurs auch infolge des Ölpreisanstiegs zur Jahreswende anzog, versuchte die Notenbank, mit Zinssenkungen im Rahmen einer wieder reichlicheren Geldversorgung eine weitere Aufwertung zu verhindern. Gleichzeitig wurden die öffentlichen Haushalte durch kräftig steigende Steuereinnahmen entlastet. Der so gewonnene Spielraum wurde von der Regierung für Senkungen im Bereich der Einkommensteuer genutzt. Es kann erwartet werden, daß der private Verbrauch die Konjunktur zunächst noch stützt und daß — bei günstigen Gewinnerwartungen — auch die Investitionen weiter zunehmen. Die Exportsteigerung wird sich aber nur dann nicht verlangsamen, wenn es gelingt, eine erneute Pfundaufwertung zu verhindern. Hierfür wäre eine lockere Geldpolitik notwendig. Da die Geldmenge sehr viel stärker als ursprünglich beabsichtigt steigt und die Furcht vor einer anhaltenden Inflationsbeschleunigung zunimmt, stößt dies auf erhebliche Widerstände. Die Geldpolitik wird daher gegenwärtig wieder etwas restriktiver gestaltet, und die Zinssätze sind bereits etwas gestiegen.

Schwächt sich aber künftig die Exportzunahme ab, so ist kaum damit zu rechnen, daß sich das Wirtschaftswachstum noch für einen längeren Zeitraum in dem bisherigen Tempo fortsetzt. Dies wäre aber die Voraussetzung dafür, daß sich die in Großbritannien besonders hohe Arbeitslosigkeit fühlbar verringert.

In *Japan* haben eine reichliche Geldversorgung und die schrittweise Senkung des Diskontsatzes auf 2,5 vH dazu beigetragen, daß die Nominalzinsen seit Anfang 1986 beschleunigt zurückgegangen sind und im Vergleich zu den übrigen westlichen Industrieländern den niedrigsten Stand aufweisen. Infolge der — auch aufwertungsbedingten — erheblichen Preisberuhigung haben die um die Verbraucherpreise bereinigten Zinsen wesentlich weniger nachgegeben; zwischenzeitlich stiegen sie sogar wieder etwas. Dennoch liegt das Realzinsniveau in Japan um reichlich einen vH-Punkt unter dem der wichtigsten Konkurrenzländer. Trotzdem hat sich die Investitionsneigung der Privaten noch nicht hinreichend gefestigt. Einen raschen Anstieg gab es bei den besonders zinsabhängigen Wohnungsbauinvestitionen; er dürfte sich — leicht abgeschwächt — nicht zuletzt infolge der weiteren, kräftigen Förderung im Rahmen der Konjunkturstützungsmaßnahmen fortsetzen. Bei den sonstigen privaten Anlageinvestitionen zeigte sich zwar Anfang des Jahres ebenfalls ein freundlicheres Bild. Diese Tendenz ist aber, wie die Auftragseingänge und die Investitionsplanungen zeigen, noch nicht gefestigt. Einerseits leiden die ausfuhrabhängigen Unternehmen nach wie vor unter den erschwerten Absatzbedingungen als Folge der Dollarabwertung. Andererseits wollen die großen Versorgungsunternehmen, die im vorigen Jahr die Investitionsnachfrage belebt hatten, in diesem Jahr weniger investieren. Es ist jedoch zu erwarten, daß die nachfragestimulierenden Effekte des diesjährigen, im Volumen noch einmal vergrößerten Konjunkturprogrammes dazu beitragen werden, auch das Investitionsklima zu verbessern. Dies wäre aus beschäftigungspolitischer Sicht ebenfalls erwünscht.

Bundesrepublik Deutschland: Konjunktur wieder schleppend

In der Bundesrepublik Deutschland hat die Konjunktur auch im Spätsommer noch nicht wieder Anschluß an die vor etwa einem Jahr zu Ende gegangene vierjährige Aufschwungsphase gefunden. Die neuesten Indikatoren über Nachfrage, Produktion und Arbeitsmarkt lassen erkennen, daß mit dem recht kräftigen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion im zweiten Quartal dieses Jahres keine dauerhafte Verstärkung der wirtschaftlichen Aktivitäten eingeleitet worden ist. Vielmehr zeigt sich nun deutlicher als zuvor, daß die „Erholung“ im zweiten Quartal zum großen Teil auf Sondereinflüssen beruht. Getragen wurde sie vornehmlich von den Bemühungen, Produktionsausfälle vom vorangegangenen harten Winter aufzuholen, wie auch von dem Anstieg der Produktion und des Absatzes von Automobilen nach dem vorherigen — und lediglich steuerlich bedingten — Tief. Die Industrieproduktion ist nach dem relativ hohen Stand, den sie im April und Mai erreicht hatte, in den Folgemonaten saisonbereinigt gesunken und dabei wiederum erheblich hinter dem ein Jahr zuvor erreichten Niveau zurückgeblieben.

Entspricht diese Entwicklung der Produktion weitgehend den Einschätzungen, die schon im Frühjahr unter Würdigung der Sondereinflüsse gegeben worden sind, so zeigen die Auftragseingänge Tendenzen, wie sie nicht ohne weiteres zu erwarten gewesen waren. Insgesamt waren die Bestellungen beim verarbeitenden Gewerbe zwar bis zuletzt deutlich niedriger als vor einem Jahr, doch sind sie nach dem niedrigen Stand vom Jahresanfang wieder leicht gestiegen. Überraschend ist dabei, daß diese Festigung der Nachfrage nicht auf eine günstige Entwicklung der Bestellungen aus dem Inland zurückzuführen ist, sondern auf die Zunahme der Auslandsaufträge.

Hinter diesen globalen Tendenzen verbergen sich aber recht unterschiedliche Entwicklungen im einzelnen. So ist die Nachfrage nach Gütern des Investitionsgütergewerbes insgesamt erheblich niedriger als Mitte vorigen Jahres. Bei den Aufträgen des Auslandes in diesem Bereich hat sich jedoch zuletzt eine leichte Besserung ergeben, während die Nachfrage aus dem Inland auf dem niedrigen Niveau etwa stagniert. Ausgeprägter sind die Entwicklungsunterschiede jedoch bei den Aufträgen an das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe. Hier steigt die Auslandsnachfrage seit Jahresbeginn steil, während die aus dem Inland — und das nun schon seit Jahren — stagnierte. Beim Verbrauchsgütergewerbe haben sich ebenfalls die Auslandsaufträge günstiger entwickelt als die aus dem Inland.

Die Gewichtsverschiebungen werden noch deutlicher, betrachtet man die Nachfrageentwicklung in wichtigen Industriezweigen: Im Vorjahresvergleich war im Juni der reale Auftragseingang beim verarbeitenden Gewerbe ins-

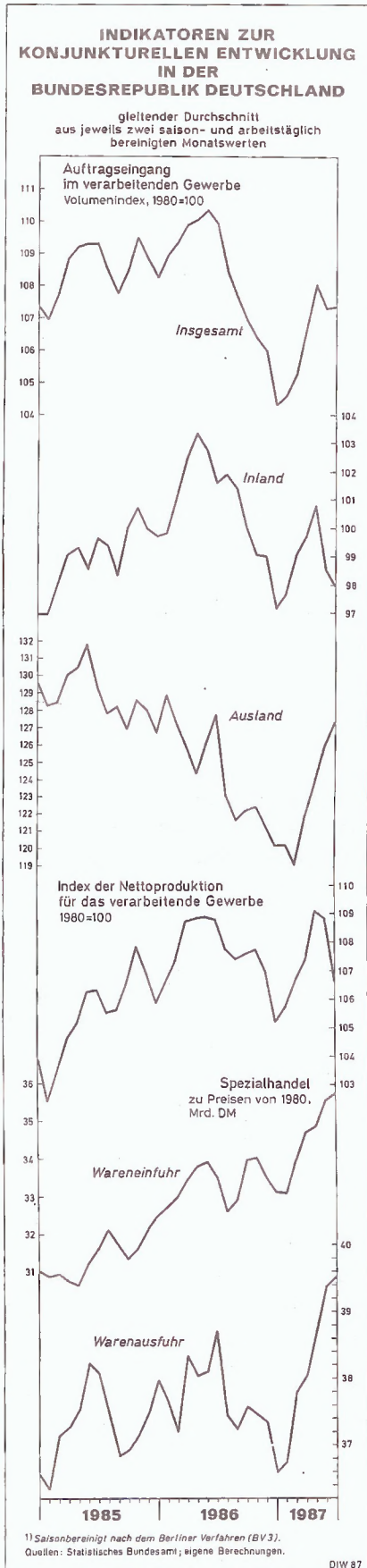
gesamt um über 5 vH niedriger, der aus dem Inland jedoch um mehr als 7 vH und der ausländische um 2 1/2 vH. Bei der chemischen Industrie erhöhte sich die Auslandsnachfrage deutlich (7 vH), während die aus dem Inland etwas gesunken ist. Beim Maschinenbau gab es bei den Exportbestellungen einen Rückgang um reichlich 7 vH, bei den Inlandsaufträgen aber um rd. 19 vH. Ähnlich war es beim Straßenfahrzeugbau — wegen des in beiden Fällen sehr ungünstigen Geschäftes mit Lastkraftwagen. In der elektrotechnischen Industrie und im Bereich Büromaschinen/ADV schnitt hingegen das Inlandsgeschäft besser ab als das mit Auslandskunden. Insgesamt dürfte die große Divergenz in der Entwicklung der Auftragseingänge, die besonders im Investitionsgüterbereich zu Ungunsten der Inlandsaufträge zu beobachten ist, auf eine verzögerte Reaktion der inländischen Investoren auf die schlechte Exportentwicklung im vorigen Jahr zurückzuführen sein.

In Anbetracht dieser Entwicklung stellt sich die Frage, ob die weithin akzeptierte These, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung werde seit der kräftigen Aufwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar mehr und mehr von der Inlandsnachfrage getragen, noch Gültigkeit besitzt.

Offenbar trifft gegenwärtig das folgende Muster eher zu: Die Inlandsnachfrage expandiert zu schwach und wendet sich zudem vermehrt Gütern aus dem Ausland zu, so daß an Konjunkturstützung für die einheimischen Produzenten wenig bleibt. Der Export spielt — bei Betrachtung der laufenden Entwicklung — keine so ungünstige Rolle mehr wie im größten Teil des vorigen und zu Beginn dieses Jahres. Freilich muß eingeschränkt werden, daß der Auftragseingang beim verarbeitenden Gewerbe nur Informationen über die Nachfrage nach Waren liefern kann. Einmal sagt er nichts über die Entwicklung der Inlandsnachfrage nach Dienstleistungen aus, die wahrscheinlich günstiger verläuft als die nach Waren. Zum anderen läßt die Statistik des Auftragseingangs nicht erkennen, daß insbesondere seit der Aufwertung der D-Mark ein steigender Anteil der inländischen Gesamtnachfrage an den deutschen Produzenten vorbei an ausländische Hersteller fließt, und zwar sowohl bei Investitions- als auch bei Verbrauchsgütern. Der Import von Fertigwaren nimmt sehr kräftig zu.

Im Durchschnitt dieses Jahres wird das Exportergebnis wohl günstiger sein als in der Tabelle auf S. 503 dieses Berichtes angegeben — es wurden dort die zur Jahresmitte vom DIW prognostizierten Werte beibehalten. Für das Sozialprodukt zeichnet sich jedoch kein Revisionsbedarf ab, da auch der Import stärker steigen wird, als vor einigen Monaten geschätzt.

Die verbesserte Entwicklung der Auslandsnachfrage nach deutschen Industrieprodukten mag überraschen, denn weder hat sich die Konjunktur im Ausland belebt,



noch wurden im bisherigen Jahresverlauf die deutschen Anbieter über den Wechselkurs entlastet. Der Wert der D-Mark gegenüber dem Dollar war im Spätsommer mit 1,80 sogar höher als zu Beginn dieses Jahres, doch hat es nach dem Louvre-Abkommen keine großen Kursauschläge mehr gegeben. Mit dieser Stabilisierung des Wechselkurses könnte sich die Bereitschaft der Anbieter wie auch der Nachfrager zu Geschäftsabschlüssen vergrößert haben, weil die Wechselkursrisiken nicht mehr als sehr hoch eingeschätzt worden sind. Darauf weist die Tatsache hin, daß sich die Exportnachfrage gerade im Grundstoffbereich erholt hat, also die Nachfrage nach Gütern mit im allgemeinen kurzen Lieferfristen.

Die Funktion der Inlandsnachfrage, Konjunkturstütze zu sein, wird durch die nach dem Aufholprozeß vom Frühjahr nun wieder sichtbar werdende schlechte Entwicklung der Bauproduktion beeinträchtigt. Die Auftragseingänge beim Bauhauptgewerbe gingen tendenziell bis zuletzt zurück, Produktion und Beschäftigung nahmen in diesem für die Gesamtkonjunktur noch immer bedeutenden Wirtschaftsbereich saisonbereinigt ab. Den Ausschlag gibt hier die strukturell bedingte Schrumpfung des Wohnungsneubaus, doch sind nun auch die im Vorjahr noch kräftigen Impulse, die von Aufträgen im gewerblichen und im öffentlichen Bau gegeben wurden, erheblich schwächer geworden.

Mit der Stabilisierung des Dollarkurses und dem Wiederanstieg des Ölpreises sind die Verbilligungen eingeführter Güter entfallen. Die Einfuhrpreise sind seit dem Frühjahr gestiegen. Damit ging eine Tendenzwende bei den Verbraucherpreisen einher. Seit Jahresbeginn steigen sie wieder; im August waren sie um knapp 1 vH höher als ein Jahr zuvor. Sie tendieren nun auf einen Pfad von etwa 2 vH, wie er von der inländischen Kostenentwicklung vorgezeichnet ist. Verfehlt wäre es, dies mit neuen inflatorischen Gefahren gleichzusetzen.

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich seit Beginn dieses Jahres deutlich verschlechtert. Die Beschäftigungszunahme, die noch vor einem Jahr mit saisonbereinigt mehr als 50 000 Personen pro Quartal den Arbeitsmarkt entlastete, ist nahezu zum Stillstand gekommen. Dabei schlägt vor allem zu Buche, daß die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes ihre Personaldispositionen den eingetrübten Nachfrage- und Produktionserwartungen anpassen. So ist die Zahl der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe gegenwärtig nicht höher als zur entsprechenden Zeit des Vorjahres. Selbst im Investitionsgütergewerbe, das während der vergangenen drei Jahre die Beschäftigungsexpansion nahezu allein getragen hatte, stagnierte sie — nach Ausschaltung von Saisoneinflüssen — im ersten Halbjahr 1987. Die nachlassende Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften hat sich in einer deutlichen Verlangsamung der Zunahme der Zahl der offenen Stellen und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit nach der Jahreswende niedergeschlagen. Im August dieses Jahres übertraf die Zahl der Arbeitslosen den

Stand des Vorjahres um rund 45 000. Im August 1986 hatte sie das Vorjahresergebnis noch um fast 100 000 unterschritten.

Fazit

Die absehbare Entwicklung der Konjunktur in der Bundesrepublik und der Weltwirtschaft eröffnet trotz der Belebung der Auslandsnachfrage keine Perspektiven für eine Besserung der Lage am Arbeitsmarkt. Wenn die Quasi-Stagnationsphase, in der sich die Wirtschaft der Bundesrepublik seit nahezu einem Jahr befindet, nicht bald überwunden wird, ist ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit auch mit einem erheblich verstärkten Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente nicht zu verhindern.

Zudem werden sich bei einer mehr vom Export gestützten Konjunktur die internationalen Spannungen verschärfen. Der jüngste Druck auf den Dollarkurs zeigt, daß die Erwartungen der Marktteilnehmer, die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte könnten bei dem gegenwärtigen Konjunkturgefälle zwischen den USA und der Bundesrepublik rasch abgebaut werden, nicht gefestigt sind. Ein Versuch, den Dollarkurs allein durch eine restriktivere Geldpolitik in den USA zu stabilisieren, wie er in der Diskontsatzserhöhung Anfang September gesehen werden kann, würde nicht nur die weltweiten Konjunkturrisiken vergrößern, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik beeinträchtigen. Höhere Zinsen in den USA gar für eine heimische Zinserhöhung zu nutzen, um das Geldmengenwachstum einzudämmen, würde die Dollarstabilisierung konterkarieren und zudem die Gefahr fortgesetzter Stagnation in der Bundesrepublik in sich bergen.

Die in der Bundesrepublik seit über einem Jahr verfolgte Politik, abzuwarten und auf eine deutliche Wirkung des jeweils erreichten Dollarkurses auf die Handelsströme zu hoffen, hatte vor allem deshalb keinen ausreichenden Erfolg, weil gleichzeitig die Dynamik der Inlandsnachfrage nachließ. In erster Linie blieb die Investitionstätigkeit hinter den Erwartungen zurück. Zwar haben einige, meist exportorientierte Bereiche mit hervorragender Gewinnsituation in den Jahren 1985 und auch noch 1986 erhebliche Investitionen getätigt, aber eine die ganze Breite der Wirtschaft erfassende Investitionsbelebung hat es nicht gegeben. Auch die gute Verbrauchskonjunktur im Gefolge der Importpreissenkungen im vergangenen Jahr hat diese nicht hervorrufen können, weil sie die Wirkung des Exportrückgangs nicht ausgleichen konnte.

Welche wirtschaftspolitischen Aktivitäten bieten sich in dieser Situation an? Eine weitere Verbesserung der Angebotsbedingungen dürfte nicht ausreichen, den Attentismus der Investoren zu überwinden. Doch ist die Geldpolitik weiterhin gefordert, ihre Spielräume in expansiver Richtung zu nutzen. Noch immer besteht die Option, mit einer Politik weiterer Zinssenkung im Inland den Investitionen Impulse zu vermitteln und gleichzeitig den Druck

auf den Dollar zu mindern. Mit der Beschränkung der Geldpolitik auf das Ziel, die Geldmengenentwicklung in so engen Grenzen zu halten, wie es ohne Zinssteigerungen möglich schien, blieb der Zwang zu häufigen Devisenmarktinterventionen — trotz zunächst erfolgversprechender internationaler Kooperation — bestehen. Weder wurden die Abwertungserwartungen bezüglich des Dollars gebrochen, noch konnte die inländische Investitionstätigkeit den Wachstumserfordernissen entsprechend angeregt werden.

Diese Politik jetzt fortzusetzen, bedeutet wie vor einem Jahr, die Verminderung der internationalen Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen einer weiteren Dollarabwertung zu überlassen, statt sie mithilfe eines Konjunkturgefälles zugunsten Europas — also durch ein hier verstärktes Wachstum — zu erreichen. Hinzu kommt jetzt die Gefahr eines Konjunkturgefälles durch eine Rezession in den USA, die — ebenso wie eine forcierte Abwertung — das Risiko in sich trägt, die Arbeitsmarktungleichgewichte in Europa und der Bundesrepublik zu vergrößern.

Ähnliches gilt für die Finanzpolitik. Wer gegenwärtig den Expansionspielraum der Geldpolitik wegen ohnehin schon niedriger Nominalzinsen und/oder einer hohen Liquiditätsneigung der privaten Haushalte und Unternehmen für eng begrenzt hält, muß als Konsequenz für eine deutlich expansivere Ausrichtung der Finanzpolitik eintreten. Eine expansivere Finanzpolitik in Europa bei weiterhin zinsstabilisierender Geldpolitik in den Überschußländern vermag durchaus Impulse zu geben, die nicht in den Zielkonflikt zwischen internationaler und interner Stabilisierung führen. Für die Bundesrepublik bedeutet das, daß die Steuersenkungen Anfang 1988 auf keinen Fall von Ausgabenkürzungen begleitet sein dürfen, die das Ziel haben, die staatliche Kreditaufnahme in engen Grenzen zu halten. Eine solche Politik wäre kurzfristig. Nicht nur, weil sie im Zuge einer weltweiten Anpassungsrezession eine noch höhere Staatsverschuldung in Kauf nehmen müßte, sondern vor allem, weil sie eine vielleicht einmalige Ausgangssituation — relativ stabiles Preisniveau, gute Gewinnsituation der Unternehmen, auf absehbare Zeit tragbare Lohnkostenbelastungen — für eine große Anstrengung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ungenutzt lassen würde.

Eine Strategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der internationalen Ungleichgewichte von seiten der Finanzpolitik aber vorwiegend auf die direkte Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Investitionen auszurichten, könnte sich angesichts der Ausgangssituation als verfehlt erweisen. Die hervorragende Gewinnsituation der Unternehmen — die sich, anders als allgemein erwartet, in diesem Jahr nicht verschlechtert, sondern noch einmal verbessert hat —, legt nicht den Schluß nahe, daß zusätzliche Investitionen an ungünstigen Angebotsbedingungen scheitern.

Vielmehr ist anzunehmen, daß es Unsicherheit bei den Absatzerwartungen ist, die die Unternehmen zögern läßt.

Gerade im Lichte des engen Zusammenhangs von Export- und Investitionskonjunktur ist das nicht von der Hand zu weisen. Die für 1988 beschlossenen steuerlichen Entlastungen der privaten Haushalte liegen zwar auf der Linie des konjunkturpolitisch Notwendigen; eine frühere Entlastung wäre jedoch besser gewesen. Zudem sind in dem jetzt vorgelegten Entwurf des Bundeshaushalts-

planes die Ausgabenansätze sehr knapp bemessen, also nicht konjunkturgerecht. Durch eine dauerhafte Nachfrageanregung im Verbund mit einer Zinssenkung und einer Stabilisierung der Wechselkurse wäre es möglich, die Unternehmen zu Sachinvestitionen statt zu Investitionen in Finanzkapital anzuregen und damit neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Starke Pkw-Nachfrage prägt Konsumententwicklung

Der private Verbrauch in der Bundesrepublik Deutschland im zweiten Quartal 1987¹

Die Konsumententwicklung wurde in letzter Zeit häufig durch Sonderfaktoren beeinflusst. Auch in den Verbrauchsdaten für das zweite Quartal spiegelt sich die konjunkturelle Grundtendenz nicht wider. Gegenüber dem Vorquartal gab es den erwarteten kräftigen Zuwachs des realen Verbrauchs um knapp 2 vH, doch ist dieses Ergebnis vor dem Hintergrund der schwachen Entwicklung im ersten Jahresviertel zu sehen². Für das erste Halbjahr 1987 errechnet sich gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum ein um rund 2,5 vH höheres Verbrauchsvolumen. Mit diesem Ergebnis wurden zumindest nicht die optimistischen Erwartungen zu Jahresbeginn und teilweise noch im Frühjahr³ erfüllt; die Entwicklung war zudem wesentlich schwächer als im Vorjahr.

Nach der Stagnation im Vorquartal nahmen die Verbrauchsausgaben saisonbereinigt, bei 0,6 vH Preissteigerung, um 2,3 vH zu. Die lange Zeit den Preisanstieg dämpfenden außenwirtschaftlichen Faktoren spielen eine immer kleinere Rolle, so daß der — allerdings nach wie vor geringe — inländische Preisauftrieb nunmehr die Oberhand gewonnen hat. Das Preisniveau des privaten Verbrauchs erreichte im Berichtsquartal wieder den Stand von Mitte 1985, als die Phase rückläufiger Verbraucherpreise einsetzte.

Die saisonbereinigte Entwicklung im Einzelhandel wich von der des privaten Verbrauchs insgesamt nicht wesentlich ab; nominal wie real wurden die Umsätze vom Vorquartal um rund 2 vH übertroffen. Erneut waren recht unterschiedliche Monatsergebnisse zu registrieren. An die kräftige Absatzsteigerung im April konnte in den beiden folgenden Monaten nicht angeknüpft werden, wobei vor allem das Ergebnis im Mai hinter den Erwartungen zurückblieb.

Die immer noch wachsende Beliebtheit der Auslandsreisen zeigt sich in den beiden ersten Quartalen 1987 mit Zuwachsraten der Ausgaben von 6 bzw. 10 vH (Vorjahresvergleich), während die Gesamtausgaben der privaten Haushalte nur um 2 bzw. 3 vH stiegen.

Bedarfsbereiche

Auf flachem, aber stetigem Pfad liegt die Entwicklung der Ausgaben für *Nahrungs- und Genußmittel*. Im Berichtszeitraum wurde das Niveau vom Vorquartal geringfügig übertroffen (+0,3 vH), und auch im Vorjahresvergleich fiel der Anstieg unterdurchschnittlich aus (+1,3 vH). Zu der insgesamt ruhigen Preisentwicklung trug dieser Bedarfsbereich erheblich bei. Gegenüber

dem ersten Jahresviertel blieben die Preise für Nahrungs- und Genußmittel im Durchschnitt fast unverändert; im Vergleich zum Vorjahr konnte sogar ein Rückgang verzeichnet werden (−0,4 vH). Bemerkenswerte Preissenkungen gab es bei Kaffee — mit einer Verbilligung von mehr als 17 vH gegenüber dem Vorjahr wurde sogar das Niveau von 1980 unterschritten — sowie bei Margarine (−10,4 vH) und Frischobst (−7,5 vH). Zwar waren auch einige Preissteigerungen zu registrieren (auffällig vor allem bei Kartoffeln: +24 vH), sie fielen insgesamt aber nicht ins Gewicht.

Nach zwei schlechteren Quartalsergebnissen war die Nachfrage nach *Kleidung und Schuhen* im Berichtszeitraum wieder lebhafter. Mit einem Zuwachs von 2,4 vH (wertmäßig) bzw. 1,8 vH (preisbereinigt) gegenüber dem Jahresanfangsquartal konnten die Einbußen vom vergangenen Winter wettgemacht werden. Ein noch besseres Quartalsergebnis schien sich im April anzubahnen, als Textil- und Schuheinzelhandel ein nominales Umsatzplus von 8 vH bzw. 27 vH gegenüber dem Vorjahr verbuchen konnten. Allerdings litt im folgenden Monat das Geschäft unter dem regnerischen Wetter, so daß die Vorjahresumsätze deutlich verfehlt wurden (Textileinzelhandel: −7 vH, Schuheinzelhandel: −16 vH), und auch im Juni blieben größere Impulse aus.

Die *Mietausgaben* expandierten im zweiten Quartal mit 0,8 vH nur wenig schwächer als im Vierteljahr zuvor. Dies bedeutet im Vorjahresvergleich eine Zunahme um 4 vH — eine Rate, die sich seit Anfang 1986 kaum verändert hat. Auch bei den Mietpreissteigerungen ist wenig Änderung zu erkennen, sie liegen im Vorjahresvergleich nach wie vor etwas unter 2 vH.

Bei den Ausgaben für *Haushaltsenergie* war im Berichtszeitraum erstmals seit Ende 1985 wieder ein Anstieg zu verzeichnen; er war mit gut 3 vH sogar etwas stärker als der Ausgabenzuwachs insgesamt. Dabei wirkte sich

¹ Analysiert werden in diesem Bericht — soweit nicht anders gekennzeichnet — saison- und arbeitstäglich bereinigte Zeitreihen. Die Saisonbereinigung wurde nach dem Berliner Verfahren (BV 3) vorgenommen.

² Vgl. Verbrauchskonjunktur vorübergehend schwächer. Der private Verbrauch in der Bundesrepublik Deutschland im ersten Quartal 1987. Bearb.: Jochen Schmidt. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 24/1987, S. 324 ff.

³ Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1987. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 16/1987, S. 215 ff. Die Mehrheit der an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Institute schätzte damals für das erste Halbjahr 1987 einen Anstieg des realen Konsums gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 4 vH.

Der private Verbrauch in der Bundesrepublik Deutschland

Verwendungszwecke	1986	Ursprungswerte					Saisonbereinigte Werte ⁸⁾				
		1986		1987			1986		1987		
		II	III	IV	I	II ⁷⁾	II	III	IV	I	II ⁷⁾
Mrd. DM zu jeweiligen Preisen											
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	240,65	59,57	60,37	64,36	57,27	60,37	59,9	60,6	60,6	60,5	60,7
Kleidung, Schuhe	94,54	22,65	21,97	30,16	20,34	23,09	23,7	24,0	23,9	23,6	24,1
Wohnungsmieten ²⁾	166,24	41,32	41,57	42,06	42,94	42,99	41,3	41,8	42,2	42,6	43,0
Haushaltsenergie ³⁾	57,13	14,03	11,93	13,36	14,64	11,79	15,1	13,8	12,5	12,5	12,9
Haushaltsführung	96,31	23,52	22,66	28,66	22,55	24,13	24,0	24,2	24,6	24,6	24,6
Gesundheits- u. Körperpflege	51,59	12,85	12,64	13,45	13,03	13,31	12,9	13,0	13,0	13,1	13,4
Verkehr u. Nachrichtenübermittl.	165,31	43,71	41,17	42,00	39,34	46,59	41,6	41,4	42,2	41,6	44,5
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	104,62	24,67	24,94	31,69	24,28	25,34	26,4	26,2	26,6	26,6	27,1
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	72,60	18,12	18,75	19,11	17,55	19,13	18,0	18,4	18,6	18,6	19,0
Privater Verbrauch ⁵⁾	1081,86	268,26	268,84	291,22	258,95	275,96	271,2	271,9	272,7	272,5	278,8
Veränderung in vH gegenüber											
Vorjahr						Vorquartal					
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	2,0	1,9	2,6	2,1	1,6	1,3	0,8	1,2	-0,1	0,0	0,3
Kleidung, Schuhe	5,0	6,7	7,7	3,9	2,9	1,9	4,4	1,3	-0,5	-1,5	2,4
Wohnungsmieten ²⁾	4,3	4,2	4,1	4,1	4,0	4,0	0,7	1,2	0,9	1,0	0,8
Haushaltsenergie ³⁾	-12,7	-6,0	-18,8	-24,2	-17,8	-16,0	-3,1	-8,5	-9,5	-0,5	3,3
Haushaltsführung	4,3	5,0	5,1	4,4	5,5	2,6	3,1	0,8	1,7	0,1	0,0
Gesundheits- u. Körperpflege	4,3	4,9	4,1	4,5	3,0	3,6	2,0	0,2	0,5	0,4	2,2
Verkehr u. Nachrichtenübermittl.	6,0	6,9	3,8	7,0	2,4	6,6	5,5	-0,4	1,8	-1,4	6,9
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	5,6	7,9	5,2	4,7	4,1	2,7	3,7	-0,8	1,4	0,1	1,8
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	8,1	8,2	8,4	8,0	5,6	5,6	3,1	2,4	0,9	-0,1	2,3
Privater Verbrauch ⁵⁾	3,8	4,9	3,5	3,0	2,1	2,9	2,4	0,3	0,3	-0,1	2,3
Mrd. DM zu Preisen von 1980											
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	204,98	50,21	51,43	55,30	49,00	51,11	51,1	51,5	51,5	51,9	52,0
Kleidung, Schuhe	78,62	18,88	18,26	24,97	16,79	18,99	19,8	20,0	19,7	19,5	19,9
Wohnungsmieten ²⁾	132,28	32,95	32,98	33,28	33,79	33,68	32,9	32,2	33,4	33,5	33,7
Haushaltsenergie ³⁾	51,17	12,82	11,16	12,43	13,95	11,66	13,4	12,6	12,1	12,3	12,2
Haushaltsführung	80,84	19,80	19,03	24,00	18,86	20,08	20,2	20,3	20,6	20,6	20,5
Gesundheits- u. Körperpflege	41,56	10,37	10,18	10,78	10,43	10,62	10,5	10,4	10,4	10,5	10,7
Verkehr u. Nachrichtenübermittl.	141,34	37,41	35,31	36,20	33,63	39,12	35,6	35,5	36,5	35,4	37,3
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	91,30	21,44	21,88	27,66	20,95	21,83	23,1	22,8	23,0	23,1	23,5
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	58,39	14,57	15,05	15,33	14,02	15,19	14,5	14,8	14,8	14,9	15,1
Privater Verbrauch ⁵⁾	904,50	224,16	224,61	244,77	216,55	229,20	227,2	227,1	228,4	228,2	232,1
Veränderung in vH gegenüber											
Vorjahr						Vorquartal					
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	1,3	1,4	1,5	1,2	2,0	1,8	0,4	0,9	-0,1	0,8	0,2
Kleidung, Schuhe	3,1	4,7	5,6	2,4	1,7	0,6	3,7	0,7	-1,3	-0,8	1,8
Wohnungsmieten ²⁾	2,3	2,1	2,1	2,3	2,2	2,2	0,2	0,7	0,7	0,5	0,4
Haushaltsenergie ³⁾	3,1	12,3	-0,5	-7,0	-5,5	-9,0	2,2	-6,3	-3,9	1,4	-0,3
Haushaltsführung	3,0	3,7	3,9	3,3	4,7	1,4	2,8	0,5	1,2	0,3	-0,5
Gesundheits- u. Körperpflege	2,6	3,3	2,6	2,7	2,0	2,4	1,8	-0,2	0,0	0,6	1,9
Verkehr u. Nachrichtenübermittl.	10,1	12,0	8,2	12,3	3,7	4,6	7,6	-0,4	2,9	-3,1	5,5
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	4,8	7,3	4,6	3,5	3,1	1,8	3,5	-1,2	0,8	0,2	1,8
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	5,9	5,8	6,2	5,7	4,3	4,3	2,3	1,7	0,4	0,5	1,6
Privater Verbrauch ⁵⁾	4,3	5,8	4,0	3,8	2,6	2,2	2,7	-0,1	0,6	-0,1	1,7
Preisentwicklung ⁶⁾ : Veränderung in vH gegenüber											
Vorjahr						Vorquartal					
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	0,7	0,5	1,1	0,9	-0,4	-0,4	0,4	0,3	-0,1	-0,8	0,1
Kleidung, Schuhe	1,9	1,9	2,0	1,5	1,2	1,2	0,3	0,5	0,2	0,1	0,4
Wohnungsmieten ²⁾	2,0	2,0	2,0	1,8	1,8	1,8	0,5	0,5	0,3	0,5	0,4
Haushaltsenergie ³⁾	-15,3	-16,2	-18,4	-18,5	-13,0	-7,6	-6,8	-3,0	-3,1	-1,1	-0,1
Haushaltsführung	1,3	1,2	1,1	1,1	0,8	1,2	0,1	0,3	0,3	0,1	0,4
Gesundheits- u. Körperpflege	1,6	1,6	1,5	1,8	1,0	1,2	0,3	0,4	0,5	-0,1	0,4
Verkehr u. Nachrichtenübermittl.	-3,7	-4,6	-4,0	-4,7	-1,3	1,9	-1,8	0,0	-1,2	1,8	1,4
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	0,7	0,6	0,6	1,1	1,0	0,9	0,1	0,3	0,4	0,1	0,1
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	2,1	2,2	2,1	2,1	1,2	1,3	0,6	0,7	0,5	-0,5	0,6
Privater Verbrauch ⁵⁾	-0,5	-0,8	-0,5	-0,8	-0,4	0,6	-0,3	0,3	-0,3	0,0	0,6

¹⁾ Einschließlich Verzehr in Gaststätten. — ²⁾ Einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnungen. — ³⁾ Elektrizität, Gas, Brennstoffe. — ⁴⁾ Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, der Banken, der Versicherungen u.a. — ⁵⁾ Der private Verbrauch setzt sich zusammen aus den nach Verwendungszwecken unterteilten Käufen der privaten Haushalte im Inland (Inlandskonzept der VGR), dem Eigenverbrauch der Organisationen ohne Erwerbszweck und dem sogenannten Reisesaldo, d.h. dem privaten Verbrauch von Inländern in der übrigen Welt abzüglich des privaten Verbrauchs von Gebietsfremden im Inland. — ⁶⁾ Auf der Basis 1980 = 100. Preisentwicklung nach VGR. — ⁷⁾ Vorläufige Berechnung des DIW. — ⁸⁾ Nach dem Berliner Verfahren (BV3). Die absoluten Werte wurden gerundet.

Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes. Vierteljährliche Aufteilung nach Verwendungszwecken: Berechnung des DIW. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

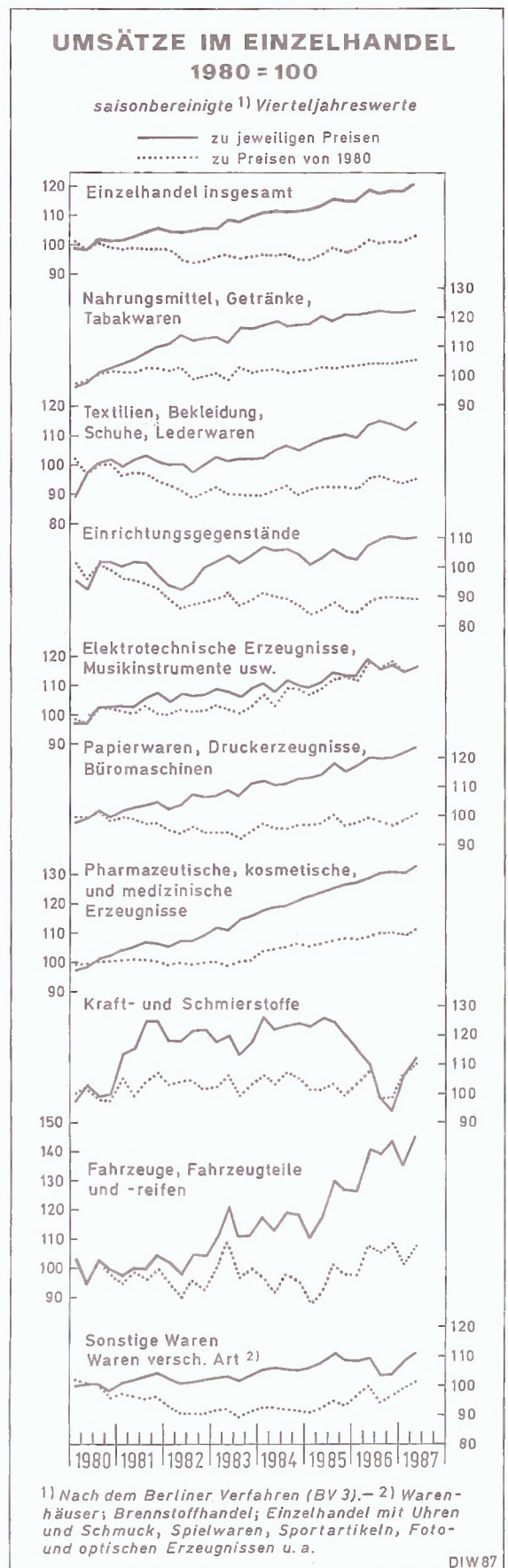
vor allem die Normalisierung auf dem Heizölmarkt aus: Die Preise waren in diesem Jahr bisher recht stabil, und es ist nunmehr auch wieder eine regere Nachfrage zu beobachten, nachdem die im ersten Halbjahr 1986 kräftig aufgefüllten Bestände nach und nach verbraucht worden sind. Im Vorjahresvergleich wird diese Entwicklung allerdings wegen des starken Basiseffekts nicht sichtbar; hier ergibt sich im Berichtszeitraum beim Heizöl ein wertmäßiger Absatzrückgang von 50 vH, bedingt durch die im letzten Jahr weit überdurchschnittliche Nachfrage und die damals um gut 20 vH höheren Preise. Da zudem die Gaspreise um rund 25 vH niedriger waren als im Vorjahr, hatten die privaten Haushalte bei den Ausgaben für Haushaltsenergie — gemessen am Niveau vom zweiten Quartal 1986 — eine Ersparnis von 16 vH.

Die durchschnittlichen Energiepreise, die — saisonbereinigt — seit dem dritten Quartal 1985 ständig gesunken waren, gaben im Berichtsquartal nicht weiter nach. In nächster Zeit ist eher wieder mit einem Anstieg zu rechnen — dies allerdings von einem niedrigen Niveau aus.

Ebenso wie im Jahresanfangsquartal stagnierten die Ausgaben für Güter der *Haushaltsführung* auch im Berichtszeitraum; die reale Nachfrage war gegenüber dem ersten Jahresviertel sogar leicht rückläufig (–0,5 vH). Damit hat dieser Bedarfsbereich bei weitem nicht Anschluß an die gute Vorjahreskonjunktur gefunden, die ihm ein reales Nachfrageplus von 3 vH gegenüber 1985 brachte. Die Entwicklung innerhalb des Quartals war recht unstetig; vor allem im Möbeleinzelhandel war der Absatzverlauf durch starke monatliche Schwankungen geprägt. Während hier im Mai ein wertmäßiger Umsatzsprung gelang (+11 vH im Vorjahresvergleich), wurde im Juni der entsprechende Vorjahresumsatz weit verfehlt (–5 vH).

Die Stagnation der realen Nachfrage im Verwendungszweck *Körper- und Gesundheitspflege* seit dem Sommer 1986 wurde im Berichtsquartal überwunden; der Zuwachs um 2 vH gegenüber dem ersten Jahresviertel liegt über der allgemeinen Verbrauchsexpansion. Der Einzelhandelsumsatz mit pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen, der früher meist hinter der durchschnittlichen Entwicklung in diesem Bedarfsbereich zurückblieb, konnte diesmal etwa Schritt halten. Der nominale Mehrumsatz von 2 vH gegenüber dem ersten Quartal bedeutet — in saisonbereinigter Betrachtung — den höchsten Quartalszuwachs seit dem Frühjahr 1984.

Erwartungsgemäß hat sich die Nachfrage im Verwendungszweck *Verkehr und Nachrichtenübermittlung* im zweiten Quartal stark beschleunigt; sie übertraf das Niveau vom vorhergehenden Vierteljahr um rund 7 vH (wertmäßig) bzw. 5,5 vH (preisbereinigt). In diesem Ergebnis spiegelt sich einerseits die Rückkehr des Autoabsatzes auf ein hohes konjunkturelles Niveau wider, denn mit fast 870 000 Neuzulassungen von Personenkraftwagen von April bis Juni wurde eine neue Höchstmarke



erreicht: Nie zuvor wurden in der Bundesrepublik in einem Quartal so viele Neuwagen zugelassen. Bei der Wertung der Entwicklung vom ersten zum zweiten Quartal ist andererseits zu berücksichtigen, daß die aus steuerlichen Gründen in das letzte Jahr vorgezogenen Pkw-Käufe vor allem im Januar zu Nachfrageausfällen geführt hatten, wodurch der Zuwachs im zweiten Quartal überzeichnet wird.

Bei den Ausgaben für Kraftstoffe gab es nach der merklichen Zunahme im Jahresanfangsquartal nun einen weiteren, wenn auch schwächeren Anstieg; der wertmäßige Mehrumsatz der Tankstellen erreichte gegenüber dem ersten Jahresviertel knapp 5 vH. Erstmals seit Mitte 1985 gaben die Verbraucher für Kraftstoffe wieder mehr aus als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, da — anders als beim Heizöl — die Talfahrt der Kraftstoffpreise schon im Frühjahr 1986 beendet war und derartige Basiseffekte nun keine Rolle mehr spielen.

Die Nachfrage nach Gütern des Verwendungsbereichs *Bildung, Unterhaltung, Freizeit* hat sich im Berichtszeitraum spürbar belebt; sie war nominal wie real um 1,8 vH höher als im Quartal zuvor — der stärkste Anstieg seit einem Jahr. Erneut waren recht unterschiedliche Branchenkonjunkturen zu registrieren, verdeutlicht durch den Absatzverlauf in einigen Einzelhandelszweigen. An vorderster Stelle ist — nicht zum ersten Mal — der Fotoeinzelhandel zu nennen, der wertmäßig rund 10 vH mehr absetzen konnte als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. In ähnlichem Umfang expandierte der Umsatz des Spielwareneinzelhandels, nicht zuletzt wegen des guten Ostergeschäfts (April +22 vH). Weniger günstig war dagegen die Situation beim Radio- und Fernseheinzelhandel, der seinen Vorjahresumsatz nicht annähernd erreichte. Hier spielten neben einer abwartenden Haltung der Käufer im Hinblick auf technische Neuheiten auch die Marktverhältnisse bei Gütern der Unterhaltungselektronik eine Rolle: Aufgrund des intensiven Wettbewerbs auf diesem Markt, verstärkt durch das Vordringen von Billigimporten, lassen sich die Preise nicht halten, so daß die Mengenentwick-

lung günstiger ist als die des wertmäßigen Umsatzes. Im Berichtszeitraum lag hier das Preisniveau um gut 2 vH unter dem des Vorjahres.

Die Ausgaben für Güter des Verwendungszwecks *persönliche Ausstattung, sonstige Waren und Dienstleistungen* übertrafen im Berichtsquartal den entsprechenden Wert vom ersten Jahresviertel um 2,3 vH (real +1,6 vH), nach zwei schwächeren Quartalen wieder eine günstige Entwicklung. Erheblichen Anteil daran hatte die lebhaftere Nachfrage nach Gütern der persönlichen Ausstattung (Uhren, Schmuck, Lederwaren), wobei großes Interesse für Produkte in höheren Preislagen zu beobachten war.

Ausblick

Die Expansion des privaten Verbrauchs wird sich fortsetzen, ohne allerdings die noch vor wenigen Monaten erhoffte Dynamik zu entfalten. Das Nettoeinkommen der Arbeitnehmer steigt verlangsamt, weil die Beschäftigtenzahl nicht mehr expandiert. Die Befürchtung wieder zunehmender Arbeitslosigkeit hat inzwischen das Konsumklima negativ beeinflußt, wie der Rückgang des spezifischen Index⁴ im Juli deutlich macht. Trotz der noch immer günstigen Beurteilung der eigenen Einkommensverhältnisse äußerten viele der befragten Konsumenten ihre Enttäuschung über die Situation auf dem Arbeitsmarkt.

Nimmt man den Verlauf der verschiedenen Konsumgütermessen im Frühherbst 1987 als Konjunkturbarometer, ist jedoch große Skepsis nicht angebracht. Allgemein war die Stimmung von vorsichtigem Optimismus geprägt. Auch das Geschäftsklima im Einzelhandel hat sich in jüngster Zeit wieder gebessert; für die kommenden Monate wird mit einer Belebung der Nachfrage gerechnet.

⁴ Berechnet von der Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung (Nürnberg) im Auftrag der EG-Kommission.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforchung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 80 **Auswirkungen des Strukturwandels auf den Arbeitsmarkt, Anforderungen des Strukturwandels an das Beschäftigungssystem.** Schwerpunktthema im Rahmen der Strukturberichterstattung 1983. Von Ulrich Brasche, Christoph F. Büchtemann, Wolfgang Jeschek und Werner Müller. 255 S. 1984. DM 76,—.
- Heft 81 **Gesamtwirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen von Veränderungen der Struktur des öffentlichen Sektors** — Schwerpunktthema im Rahmen der Strukturberichterstattung 1983 — Von Bernd Bartholmai, Oskar de la Chevallerie, Volker Meinhardt, Frank Stille, Dieter Teichmann und Dieter Vesper. 266 S. 1984. DM 76,—.
- Heft 82 **Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen** — eine Branchenstudie — Von Arthur Boneß, Gerhard Neckermann, Rainer Pischner und Reiner Stäglin. 400 S. 1984. DM 98,—.
- Heft 83 **Vorausschätzung des Ersatzinvestitionsbedarfs für die Bundesverkehrswege.** Von Bernd Bartholmai, Heinz Enderlein und Joachim Niklas. 324 S. 1985. DM 92,—.
- Heft 84 **Gesamtwirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen der Energieverteuerung und internationaler Energiepreisdifferenzen.** Schwerpunktthema im Rahmen der Strukturberichterstattung 1983. Von Renate Filip-Köhn und Manfred Horn unter Mitarbeit von Jürgen Blazejczak. 224 S. 1985. DM 78,—.
- Heft 85 **Geldeinkommen in der DDR von 1955 bis zu Beginn der achtziger Jahre.** Funktionale und personelle Verteilung, Einkommensbildung und Einkommenspolitik. Von Heinz Vortmann. 239 S. 1985. DM 156,—.
- Heft 86 **Leitdatenvorausschätzungen für Verkehrsprognosen — Konzeption, Modelle und Verbesserungsmöglichkeiten bisheriger Ansätze.** Von Herwig Birg und Ulrich Voigt. 131 S. 1985. DM 88,—.
- Heft 87 **Konsumgüterversorgung in der DDR und Wechselwirkungen zum innerdeutschen Handel.** Von Doris Cornelsen, Andreas Koch, Horst Lambrecht und Angela Scherzinger. 319 S. 1985. DM 82,—.
- Heft 88 **Regionale Struktur des Personenverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1980.** Von Jutta Kloas, Hartmut Kuhfeld, Uwe Kunert (DIW Berlin), Horst Focke, Dieter Wilken (DFVLR Köln), Henryk Bolik und Dieter Hölsken (IVV Aachen). 320 S. 1985. DM 86,—.
- Heft 89 **Lehre und Berufsausbildung.** Eine Längsschnittuntersuchung für Berlin (West). Von Klaus-Peter Gaulke und Detlef Filip unter Mitarbeit von Hans M. Duseberg. 122 S. 1986. DM 42,—.
- Heft 90 **Analyse der Rahmenbedingungen für energiesparende Investitionen im Mietwohnbereich.** Von Bernd Bartholmai, Eckhard Casser und Dieter Vesper. 276 S. 1986. DM 86,—.
- Heft 91 **Regionale Besonderheiten der Preisbildung und Ansätze zur Förderung des Wettbewerbs auf dem Berliner Baustoffmarkt.** Von Peter Ring. 188 S. 1986. DM 68,—.
- Heft 92 **/I Industriepolitik im westlichen Ausland — Rahmenbedingungen, Strategien, Außenhandelsaspekte. Allgemeiner Teil.** Von Fritz Franzmeyer, Siegfried Schultz, Bernhard Seidel, Eirik Svindland und Joachim Volz. 270 S. 1987. DM 58,—.
- Heft 92 **/II Industriepolitik im westlichen Ausland — Rahmenbedingungen, Strategien, Außenhandelsaspekte. Länderberichte.** Von Fritz Franzmeyer, Siegfried Schultz, Bernhard Seidel, Eirik Svindland und Joachim Volz. 332 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 93 **An der Schwelle zum Beruf — Erfahrungen und Erwartungen von Prüfungsteilnehmern zur betrieblichen Berufsausbildung in Berlin (West).** Von Friederike Behringer und Klaus-Peter Gaulke. 236 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 94 **Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesländer in den siebziger und achtziger Jahren — eine vergleichende Analyse —.** Von Kurt Geppert, Bernd Görzig, Wolfgang Kirner, Erika Schulz, Dieter Vesper (DIW), unter Mitarbeit von Johannes Bröcker (Universität Kiel) 548 S. 1987. DM 112,—.
- Heft 95 **Die Glasindustrie — ein Branchenbild.** Von Gerhard Neckermann und Hans Wessels, Statistik und EDV: Françoise Neumann. 364 S. 1987. DM 88,—.
- Heft 96 **Verkehrsverhalten im Vergleich — Personenverkehr in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1976 und 1982 nach Verkehrsarten, Zwecken, Entfernungsstufen, Gemeindetypen und Bevölkerungsgruppen.** Von Jutta Kloas und Hartmut Kuhfeld. 177 S. 1987. DM 59,60.
- Heft 97 **Die Einkommenslage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1973 und 1981.** Von Klaus-Dietrich Bedau, Bernd Freitag und Gerhard Göseke. 490 S. 1987. DM 98,—.
- Heft 98 **Förderung von Innovationen und Arbeitsplätzen im Rahmen der Berliner Strukturprogramme — Eine Erfolgskontrolle.** Von Kurt Hornschild und Uwe Müller. 276 S. 1987. DM 78,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Peter Ring, Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henker.

Zur Wirtschaftslage — Westliche Industrieländer: Dollarstabilisierung durch die Geldpolitik. Bearbeitet von Bernhard Seidler, Manfred Teschner und Joachim Volz. — Bundesrepublik Deutschland: Konjunktur wieder schleppend. Bearbeitet von Horst Seidler und Heiner Flassbeck. —

Starke Pkw-Nachfrage prägt Konsumententwicklung. Bearbeitet von Jochen Schmidt.

Verlag: Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 110,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.

— Hierzu ein Prospekt des Verlages Duncker & Humblot —